

Quelle: Echo-Online 28. März 2024

Odenwald-Kommunen bei der Grundsteuer führend in Hessen



Odenwaldkreis. Mit ihrer Anhebung der Grundsteuer B zählen die Odenwald-Kommunen zu den Spitzenreitern in Hessen. Wie Jochen Kilp aus dem Vorstand des Bund der Steuerzahler in Hessen mitteilt, erreicht insbesondere Brombachtal mit seinen 1050 Prozent einen der oberen Plätze in ganz Deutschland. Das, sagt der Fachmann, seien schon „massive“ Steigerungen. Brombachtals Bürgermeister Andreas Koch weiß das, aber wie seine Amtskollegen auch sieht er [bekanntlich keine Alternative, um noch einen genehmigungsfähigen Haushalt hin zu bekommen.](#)

NEU: Amateurfußball jetzt live streamen!



Schon vergangenes Jahr hoben Kommunen die Steuern an

Jochen Kilp vom Steuerzahler-Bund weiß natürlich, dass andere Städte wie etwa Frankfurt eine niedrigere Grundsteuer, dafür aber deutlich höhere Messbeträge haben, die den Hebesatz von Brombachtal mehr als ausgleichen. „In der Großstadt haben die Immobilien dafür aber auch einen viel größeren Wert.“ Mit diesem Argument lasse sich die Preisentwicklung in Südhessen daher nicht wirklich relativieren, sagt Kilp.

Aus dem Odenwaldkreis liegen dem Bund der Steuerzahler aktuell Steuererhöhungen aus vier Städten und Gemeinden vor, die ihren Haushalt bereits unter Dach und Fach haben; weitere könnten folgen. Demnach hat Breuberg die Grundsteuer B von 480 auf 850 Prozent erhöht, Lützelbach von 520 auf 850, Mossautal von 500 auf 600 und eben Brombachtal von 725 auf 1050. Brensbach, sagt Kilp, plane noch eine Anhebung von 495 auf 640: „Das ist aber kein Einmaleffekt, auch im vergangenen Jahr haben bereits sieben von zwölf Kommunen im Odenwaldkreis die Grundsteuer angehoben.“

Über die Gründe für diese „auffälligen“ Teuerungen fehlten dem Bund der Steuerzahler noch die Informationen. Es sei aber davon auszugehen, dass die Kommunen es sich oft einfach machen und lieber die Bürger belasten als an die Ausgaben heranzugehen. Es gebe viele Entschuldigungen, warum nicht gespart werden könne – die Corona-Pandemie, die Energiekosten und ähnliches – Kilp aber fordert einen anderen Weg: „Es ist an der Zeit, aus dem Krisenmodus rauszukommen und an die Ausgaben zu gehen.“ Als Beispiele führt er an, dass Kommunen sich Aufgaben teilen oder gleich fusionieren könnten. Der Erfolg lasse sich an der Stadt Oberzent ablesen, die bekanntlich vor wenigen Jahren aus mehreren Kommunen neu gebildet wurde: Laut Kilp hat sie mit die niedrigste Grundsteuer-Belastung im ganzen Odenwaldkreis.

Viele Bürger melden sich bereits beim Bund der Steuerzahler und fragen, wie sie sich wehren könnten. „Leider muss ich immer wieder sagen, dass die Gerichte bisher nie einen Riegel vorgeschoben haben“, erklärt Kilp: Von den Juristen werde die Kommunale Selbstverwaltung offenbar als sehr wichtig eingeschätzt. Die Gemeinden seien frei in der Festsetzung ihrer Hebesätze.

Vor einem Widerspruch klären, ob der Gebühren kostet

Widerspruch einzulegen sei angemessen, allerdings sollten die Bürger zuvor klären, ob das für sie kostenpflichtig ist. „Es macht Sinn, sich mit Freunden und Bekannten zusammensetzen. So machen es viele“, sagt das Vorstandsmitglied des Steuerzahler-Bunds. „Damit kann man den Kommunalpolitikern in vernünftiger Form mitteilen, dass man diese Steuererhöhungen nicht in Ordnung findet.“ Außerdem rät er mit Blick auf die im Jahr 2025 greifende Grundsteuerreform, darauf zu achten, dass die Kommunen die aufkommensneutralen Hebesätze tatsächlich anwenden und diese nicht für weitere Steueranhebungen nutzen.

Als Bürgermeister der Gemeinde, deren Grundsteuer B die „Schallmauer“ durchbrochen hat, wie manche Parlamentarier es selbst formulierten, bedauert Andreas Koch (CDU), dass die Einwohner derart belastet werden. Er versteht, dass sie verärgert sind und sagt, „das tut mir sehr leid“. Für ihn als Rathauschef sei es schwer, das auszuhalten. Außerdem sei es bedauerlich, dass dieses Thema die anderen wichtigen Brombachtaler Projekte wie „Land neu denken“ oder die Dorfmoderation in den Schatten stelle.

Im April sollen alle Steuerpflichtigen im Ort Bescheide erhalten und darin erfahren, wie viel sie rückwirkend zum 1. Januar 2024 zu bezahlen haben. Außerdem hat Koch eine Bürgerversammlung für den 16. April ab 19 Uhr in der Sporthalle einberufen, wo auch ein Mitarbeiter des Finanzamts in Michelstadt Fragen beantworten wird.

Nicht zuletzt suche das Parlament nach möglichen Einsparungen der Gemeinde. So kündigt der Rathauschef an, dass die steuerliche Entwicklung „enorme Auswirkungen auf künftige Projekte hat“. Angesichts der knappen Kassen sei einiges nicht mehr zu bezahlen.